

Wien, 18. Dezember 2020

Sperrfrist: 18. Dezember 2020, 10:30 Uhr

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2020–2022

Erneute Infektionswelle bremst Aufschwung

Die COVID-19-Pandemie und die notwendigen strikten Eindämmungsmaßnahmen prägen die Konjunktur weltweit. Die österreichische Wirtschaft verzeichnete in der ersten Jahreshälfte einen kräftigen Einbruch. Nach der deutlichen Erholung im dritten Quartal dürfte das Bruttoinlandsprodukt wegen des neuerlichen Lockdowns im vierten Quartal aber wieder sinken. Für das Gesamtjahr 2020 wird somit ein Rückgang der Wirtschaftsleistung von 7,5 % erwartet. Mit dem unterstellten Auslaufen der Gesundheitskrise bis zur Jahresmitte 2021 sollte die Wirtschaft in den Jahren 2021 und 2022 mit 3,1 % bzw. 3,8 % wachsen. Der Wirtschaftseinbruch hat zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt. Ausgehend von 9,9 % im ablaufenden Jahr dürfte die Arbeitslosenquote wegen der verbesserten Konjunktur in den nächsten beiden Jahren auf 9,7 % bzw. 8,7 % zurückgehen. Nach dem, angesichts des Konjunktureenbruchs, nur moderaten Rückgang der Inflationsrate im ablaufenden Jahr auf 1,4 % erwartet das Institut im weiteren Prognosezeitraum einen leichten Anstieg auf 1,6 % bzw. 1,9 %. Die aufgrund der notwendigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen stark gestiegenen öffentlichen Defizite erfordern Strukturreformen, um die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen wiederherzustellen.

Das Infektionsgeschehen und die notwendigen Infektionsschutzmaßnahmen bestimmen gegenwärtig die Konjunkturentwicklung in Österreich, wie auch in vielen anderen Ländern. In den ersten drei Quartalen des ablaufenden Jahres ist das Bruttoinlandsprodukt laut den Daten der VGR-Quartalsrechnung von Statistik Austria um 7,2 % gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres geschrumpft. Nach den BIP-Rückgängen von 2,8 % bzw. 11,6 % gegenüber dem Vorquartal wurde im dritten Quartal ein Wachstum von 12,0 % verzeichnet. Seit dem Sommer sind die Infektionszahlen unerwartet kräftig gestiegen, wodurch die Gefahr einer Überlastung des Gesundheitssystems bestand. Die Regierung reagierte mit einer schrittweisen Verschärfung der Eindämmungsmaßnahmen und verordnete im November einen neuerlichen Lockdown. Damit ist die wirtschaftliche Erholung zum Erliegen gekommen, sodass das Institut nunmehr einen Rückgang der Wirtschaftsleistung im vierten Quartal um 4,8 % gegenüber dem Vorquartal erwartet. Dabei dürfte die Bremswirkung des Lockdowns merklich geringer als im Frühjahr ausfallen. Laut dem BIP-Indikator der

Oesterreichischen Nationalbank¹ lag die wöchentliche Wirtschaftsleistung in der Lockdown-Phase von Ende März bis Anfang Mai um 20 % bis 25 % unter dem Vorjahresniveau. In der letzten Novemberwoche betrug die BIP-Lücke gegenüber dem Vorjahr hingegen nur 13 %. Das Institut geht nicht davon aus, dass die Wirtschaftsleistung unmittelbar nach Beendigung des harten Lockdowns kräftig anzieht. Während es positive Anzeichen für den Produktionsbereich gibt, dürften sich die Dienstleistungen, insbesondere der Tourismus, noch länger sehr schwach entwickeln. Vor diesem Hintergrund nimmt das Institut seine BIP-Prognose für das Jahr 2020 auf –7,5 % zurück. Unsicherheit besteht über den weiteren Verlauf der Pandemie. Das Institut unterstellt, dass kein dritter harter Lockdown in den Wintermonaten notwendig ist. Schrittweise Lockerungen der Eindämmungsmaßnahmen sollten dazu führen, dass die Wirtschaft in der ersten Jahreshälfte im Quartalsvergleich verhalten wachsen dürfte. Weiters wird unterstellt, dass mit der Impfung breiter Gesellschaftsschichten die Gesundheitskrise ab Ende des Sommers überwunden wird; danach sollte die Wirtschaft auf einen moderaten Wachstumspfad zurückkehren. Für den Jahresdurchschnitt 2021 erwartet das Institut ein Wachstum von 3,1 %, das sich 2022 auf 3,8 % beschleunigen könnte. Diese Prognose impliziert, dass die heimische Wirtschaft das Vorkrisenniveau erst im letzten Quartal des Jahres 2022 erreicht.

Die COVID-19-Pandemie und insbesondere die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung haben den stärksten Einbruch der Weltwirtschaft seit den 1930er Jahren verursacht. Ausgehend von China griff die Pandemie auf Europa über und erfasste im zweiten Quartal fast die gesamte Welt. Die weltwirtschaftliche Aktivität schrumpfte in der ersten Jahreshälfte extrem, allerdings legte die Weltwirtschaft im dritten Quartal wieder kräftig zu, und der Welthandel hat sich merklich erholt. Unterstützend wirkten die äußerst umfangreichen geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen, die zur Begrenzung der ökonomischen Folgen der COVID-19-Pandemie ergriffen wurden. Nach einem Rückgang um 11,7 % im zweiten Quartal des ablaufenden Jahres stieg die Wirtschaftsleistung im Euroraum im dritten Quartal um 12,5 % gegenüber dem Vorquartal. Trotz dieses kräftigen Wachstums lag das BIP damit immer noch um 4,4 % unter dem Vorkrisenniveau. In den USA legte die Wirtschaftsleistung im dritten Quartal um 7,4 % zu, nach einem Rückgang um 9,0 % im zweiten Quartal. In China setzte sich das kräftige Wachstum des zweiten Quartals auch im dritten Quartal fort. Das erneute Aufflammen der COVID-19-Pandemie im Herbst drückt in vielen Teilen der Welt auf die Wirtschaft. So wurden etwa im Euroraum die Reise- und Kontaktbeschränkungen verschärft, und viele Regierungen verhängten einen zweiten Lockdown, der allerdings oftmals weniger Bereiche des öffentlichen Lebens umfasste und die Produktion weniger stark betraf als im Frühjahr. Es dürfte daher noch zu keiner starken Beeinträchtigung der internationalen Lieferketten gekommen sein; allerdings haben sich im November die

¹ Siehe <https://www.oenb.at/Publikationen/corona.html>

Stimmungsindikatoren, nach der starken Verbesserung seit April, merklich verschlechtert. Auch die USA verzeichnen aktuell einen deutlichen Anstieg der Infektionen, die Wirtschaftsleistung dürfte im vierten Quartal stagnieren. Hingegen setzt sich in China das robuste Wachstum auch gegen Jahresende fort. Im Laufe des kommenden Jahres sollte aber die Pandemie durch Impfungen erfolgreich bekämpft werden können und die Weltwirtschaft auf einen robusten Wachstumskurs zurückkehren. Die gestiegene Arbeitslosigkeit, die notwendige Rückführung der fiskalpolitischen Unterstützungsmaßnahmen, die Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Handelspolitik sowie die gestiegene Verschuldung im Unternehmensbereich könnten die Wirtschaftserholung allerdings dämpfen.

Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut folgendes internationales Konjunkturbild für den Prognosezeitraum 2020 bis 2022. Mit Wachstumsraten von 2,0 %, 7,5 % und 5,8 % bleibt China der weltweite Wachstumsmotor. Die US-Wirtschaft dürfte nach dem Einbruch um 3,8 % im ablaufenden Jahr um 3,0 % bzw. 3,4 % zulegen. Im Euroraum wird die Rückkehr zum Vorkrisenniveau aufgrund des starken Einbruchs 2020 wohl deutlich länger dauern. Nach einer Schrumpfung um 7,3 % erwartet das Institut ein Wachstum von 4,7 % bzw. 3,0 %. COVID-19-bedingt sollte das globale BIP im ablaufenden Jahr um 4,0 % sinken. In den kommenden beiden Jahren sollte die Weltwirtschaft mit Werten von 4,7 % bzw. 3,9 % aber wieder kräftig expandieren.

Die Kontaktbeschränkungen und Geschäftsschließungen belasten vor allem den Konsum der privaten Haushalte. Zusätzlich dürfte die hohe Unsicherheit die Ausgabebereitschaft dämpfen. Der neuerliche Lockdown erfordert eine Revision der Konsumprognose nach unten. Nunmehr erwartet das Institut für das Gesamtjahr 2020 einen Einbruch der privaten Konsumausgaben um 8,3 %. Mit dem Auslaufen der Gesundheitskrise sollte die private Konsumnachfrage 2021 um 5,6 % zulegen. Die positive Konsumdynamik dürfte sich 2022 fortsetzen. Aufgrund der staatlichen Hilfsmaßnahmen entwickeln sich die verfügbaren Einkommen relativ stabil. Folglich impliziert diese Prognose einen äußerst kräftigen Anstieg der Sparquote auf 14,2 % im ablaufenden Jahr. Im weiteren Prognosezeitraum dürfte die Sparquote merklich fallen, allerdings etwas über dem Vorkrisenniveau bleiben.

Die hohe Unsicherheit über die weitere Wirtschaftsentwicklung, die geringe Kapazitätsauslastung sowie die verschlechterte Eigenkapitalausstattung belasteten die Investitionstätigkeit. Die Fördermaßnahmen der Regierung stützen die Investitionsbereitschaft der Unternehmen, beeinflussen aber vor allem das zeitliche Profil der Investitionen. Für das Gesamtjahr 2020 erwartet das Institut einen Rückgang der Anlageinvestitionen um 4,9 %. Während die Ausrüstungsinvestitionen um 6,5 % schrumpfen dürften, wird für die Bauten ein Minus von 3,0 % erwartet. Der Charakter der COVID-19-bedingten Rezession und der wirtschaftspolitischen Gegenmaßnahmen

bringt es mit sich, dass bei den normalerweise äußerst konjunkturreagiblen Investitionen der Einbruch geringer als beim BIP ausfällt. Im Einklang mit der erwarteten internationalen Konjunkturerholung sollten die Anlageinvestitionen im Jahr 2021 um 4,1 % expandieren (Ausrüstungen 5,0 %, Bauten 3,0 %); für das Jahr 2022 wird ein Anstieg um 2,4 % erwartet.

Nach dem starken Einbruch im zweiten Quartal hat der globale Warenhandel seit Juni wieder merklich an Fahrt gewonnen. Mit einem Rückgang um 6,5 % im Gesamtjahr 2020 entwickelt sich die globale Handelsdynamik besser als noch im Oktober erwartet. Für die kommenden beiden Jahre erwartet das Institut eine Expansion der globalen Warenströme um 4,5 % bzw. 3,5 %. Der starke Wirtschaftseinbruch bei den Haupthandelspartnern drückt auf die heimischen Exportmärkte. Im ablaufenden Jahr schrumpfen die Warenexporte voraussichtlich um 7,8 %. Die Eindämmungsmaßnahmen belasten insbesondere den Tourismus; so wird für die Reiseverkehrsexporte ein Einbruch um 42,5 % erwartet. Die Gesamtexporte sollten somit um 11,2 % sinken. Mit der Konjunkturerholung und den zu erwartenden Lockerungen dürfte die Exporttätigkeit in den kommenden beiden Jahren um 5,7 % bzw. 6,0 % zulegen. Die schwache Inlandsnachfrage und die fallenden Exporte implizieren einen Rückgang der Importnachfrage um 10,0 % im ablaufenden Jahr. Mit der Belebung von Binnennachfrage und Exporttätigkeit dürften auch die Importe wieder wachsen. Für die kommenden Jahre werden Zuwächse von 8,2 % bzw. 4,4 % erwartet.

Im Jahresdurchschnitt 2020 wird die Inflationsrate voraussichtlich 1,4 % betragen. Ausgehend von 2,0 % zu Jahresbeginn hat sich der Preisauftrieb zwar verlangsamt, blieb aber vor dem Hintergrund des Wirtschaftseinbruchs relativ hoch. Während der niedrige Rohölpreis den Preisauftrieb dämpfte, trieben die Dienstleistungspreise, insbesondere Mieten und Bewirtungsdienstleistungen, die Inflation; auch die Nahrungsmittelpreise stiegen überdurchschnittlich. Für die kommenden zwei Jahre ist eine leichte Beschleunigung des Preisauftriebs zu erwarten. Mit dem Wegfall des Basiseffekts bei den Energiepreisen dürfte sich der Anstieg der Verbraucherpreise im Jahr 2021 auf 1,6 % beschleunigen. Für das Jahr 2022 wird eine Inflationsrate von 1,9 % erwartet. Insgesamt fällt die Preissteigerung in Österreich im ablaufenden Jahr um rund einen Prozentpunkt höher aus als im Durchschnitt des Euroraums. Dabei ist allerdings der starke Inflationsrückgang in Deutschland infolge der temporären Mehrwertsteuersenkung zu berücksichtigen. Bis zum Jahr 2022 könnte sich das Inflationsdifferenzial zum Euroraum halbieren.

Die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie haben deutliche Spuren am Arbeitsmarkt hinterlassen. Mit dem ersten Lockdown ist die Beschäftigung eingebrochen und die Zahl der registrierten Arbeitslosen stark gestiegen. Einen noch kräftigeren Anstieg hat die Corona-Kurzarbeit verhindert. Mit den Lockerungen und der Belebung der wirtschaftlichen Aktivität hat sich die Arbeitsmarktlage im Zeitraum Mai

bis Oktober etwas verbessert. Der neuerliche Lockdown verursacht aber wieder einen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Ausgehend von 7,4 % im Vorjahr wird die Arbeitslosenquote laut nationaler Definition im Jahresdurchschnitt 2020 auf 9,9 % klettern. Im Laufe des kommenden Jahres sollte die Beschäftigungsnachfrage anziehen und die Arbeitslosenzahl wieder sinken. Für den Jahresdurchschnitt 2021 wird eine Arbeitslosenquote von 9,7 % erwartet. Im Jahr 2022 könnte die Arbeitslosenquote auf 8,7 % fallen, würde damit aber immer noch klar über dem Vorkrisenniveau liegen. Das Institut begrüßt angesichts dieser Prognose die Ausweitung der Budgetmittel für aktive Arbeitsmarktpolitik.

Die Lage der öffentlichen Haushalte wird weiterhin von der COVID-19-Krise dominiert. Die äußerst umfangreichen fiskalpolitischen Stützungsmaßnahmen sind zwar notwendig, belasten aber das Budget. Bei der Abschätzung der exakten Höhe des Budgetdefizits besteht weiterhin beträchtliche Unsicherheit. Gegenwärtig erwartet das Institut im ablaufenden Jahr ein gesamtstaatliches Defizit von 10,7 % des BIP. Trotz der Konjunkturerholung sind wohl auch im kommenden Jahr noch beträchtliche staatliche Stützungsmaßnahmen notwendig, sodass von einer Defizitquote von 6,4 % ausgegangen wird. Im Jahr 2022 könnte das Defizit auf 3,0 % des BIP zurückgehen. Mit dem Auslaufen der Krise sollte eine umfassende Konsolidierungsstrategie bzw. wirtschaftspolitische Strategie entwickelt werden, um die Budgetpolitik wieder auf einen nachhaltigen Pfad zu bringen und Wachstumspotenziale zu heben. Im Rahmen einer solchen Strategie sind Strukturreformen notwendig. Diese sollten dazu beitragen, die Wachstumskräfte zu stärken und mittelfristige Einsparungspotenziale, etwa bei den Pensionen, bei den Förderungen oder im Föderalismus, zu realisieren. Erforderlich sind auch wirksame Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele. Bei allfällig diskutierten einnahmenseitigen Maßnahmen ist die im internationalen Vergleich hohe Steuerquote zu beachten.

Die Prognoserisiken sind weiterhin hoch. Das gewichtigste Risiko bleibt die Unsicherheit über den weiteren Verlauf der COVID-19-Pandemie. Der in der Prognose vom Oktober befürchtete Anstieg der Fallzahlen ist eingetreten und in vielen Staaten gibt es wieder einen Lockdown. Große Hoffnung wird gegenwärtig auf die Impfung gesetzt. Allerdings könnten Engpässe bei der Produktion und Distribution der Impfstoffe, aber auch eine geringere als erwartete Wirksamkeit bzw. eine schwache Impfbereitschaft das schrittweise Hochfahren des Gesellschafts- und Wirtschaftslebens verzögern. Weiters besteht die Gefahr, dass bei Einstellung der Unterstützungsmaßnahmen eine verzögerte Konkurswelle einsetzt, was Zweifel über die Stabilität des Finanzsektors aufkommen lassen könnte. Hysteresis-Effekte am Arbeitsmarkt würden den Erholungsprozess stärker als erwartet in die Länge ziehen. Schließlich bestehen nach wie vor Unsicherheiten über die Ausgestaltung der zukünftigen Handelsbeziehungen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich. Allerdings gibt es auch

Potenziale für einen merklich kräftigeren Konjunkturaufschwung, etwa eine schneller als erwartete Durchimpfung der Bevölkerung bzw. eine bessere Wirksamkeit der Impfstoffe sowie die Entwicklung eines erfolgreichen Medikaments gegen die Krankheit. Weiters hat sich der Welthandel deutlich günstiger entwickelt als noch in der letzten Prognose erwartet. Angetrieben von der Entwicklung in China könnte die Weltwirtschaft wieder deutlich schneller expandieren. Davon würde auch die österreichische Wirtschaft profitieren. Aufgrund der relativ großen Bedeutung von Tourismus und Freizeitwirtschaft in Österreich könnte ein rascherer Erfolg bei der Bekämpfung der Pandemie das Wachstumstempo bereits im kommenden Jahr merklich erhöhen.

Tabelle 1: Wichtige Prognoseergebnisse
Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent

	2020	2021	2022
Bruttoinlandsprodukt, real	-7,5	3,1	3,8
Privater Konsum, real	-8,3	5,6	3,0
Bruttoinvestitionen, real	-9,0	4,1	4,6
Bruttoanlageninvestitionen, real	-4,9	4,1	2,4
Ausrüstungsinvestitionen, real	-6,5	5,0	2,5
Bauinvestitionen, real	-3,0	3,0	2,3
Inlandsnachfrage, real	-6,7	4,3	2,9
Exporte i. w. S., real	-11,2	5,7	6,0
Waren, real (laut VGR)	-7,8	4,5	4,0
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-42,5	12,0	35,0
Importe i. w. S., real	-10,0	8,2	4,4
Waren, real (laut VGR)	-7,3	6,3	4,0
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-62,0	90,0	15,0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	-2,0	1,0	1,5
Arbeitslosenquote: Nationale Definition ⁱ	9,9	9,7	8,7
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition ⁱ	5,4	5,3	5,0
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	0,2	1,3	1,3
Preisindex des BIP	1,5	1,5	1,8
Verbraucherpreisindex	1,4	1,6	1,9
Budgetsaldo Maastricht in % des BIP ⁱ	-10,7	-6,4	-3,0
3-Monats-Euribor ⁱ	-0,4	-0,5	-0,5
10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen ⁱ	-0,3	-0,2	-0,1

ⁱ absolute Werte

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

Tabelle 2: Internationale Rahmenbedingungen*Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent*

	2018	2019	2020	2021	2022
BIP, real					
Deutschland	1,3	0,6	-5,0	4,0	2,3
Italien	0,9	0,3	-9,0	5,5	3,0
Frankreich	1,8	1,5	-9,5	5,5	3,0
Vereinigtes Königreich	1,3	1,3	-11,0	4,8	4,5
Schweiz	3,0	1,1	-5,0	3,5	3,8
USA	3,0	2,2	-3,8	3,0	3,4
Japan	0,3	0,7	-5,8	2,5	1,5
China	6,7	6,1	2,0	7,5	5,8
Polen	5,4	4,5	-3,5	3,3	3,5
Slowakei	3,8	2,3	-6,5	4,0	4,0
Tschechien	3,2	2,3	-6,8	3,3	4,0
Ungarn	5,4	4,6	-6,0	3,8	4,0
Slowenien	4,4	3,2	-6,5	3,8	3,5
MOEL-5 ⁱ	4,8	3,8	-4,9	3,5	3,7
Bulgarien	3,1	3,7	-4,5	3,3	3,5
Rumänien	4,5	4,2	-5,0	3,8	4,0
Kroatien	2,8	2,9	-8,5	5,0	4,0
Russland	2,5	1,3	-4,0	2,5	2,3
Euroraum	1,9	1,3	-7,3	4,7	3,0
NMS-6 ⁱⁱ	4,6	4,0	-4,9	3,5	3,7
EU-27	2,1	1,5	-7,1	4,6	3,1
OECD	2,3	1,6	-5,4	3,7	3,1
Welt	3,4	2,7	-4,0	4,7	3,9
Welthandel (Waren laut CPB)	3,5	-0,5	-6,5	4,5	3,5
Österreichische Exportmärkte	3,9	2,1	-10,5	5,8	6,3
USD/EUR Wechselkurs ⁱⁱⁱ	1,18	1,12	1,14	1,21	1,21
Rohölpreis ⁱⁱⁱ	71,7	64,2	43,2	48,5	50,0

ⁱ MOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenienⁱⁱ NMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatienⁱⁱⁱ absolute Werte

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, eigene Berechnung

Rückfragehinweise

2020 Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien

T +43 1 59991-0

F +43 1 59991-555

www.ihs.ac.at

ZVR: 066207973

Kontakt

Martin G. Kocher

T +43 1 59991-125

E direktion@ihs.ac.at

Helmut Hofer

T +43 1 59991-251

E hofer@ihs.ac.at

Klaus Weyerstraß

T +43 1 59991-233

E klaus.weyerstrass@ihs.ac.at

Paul Glück (Public Relations)

T +43 660 150 5001

E glueck@paulglueck.com